

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz und Jürgen Clemens

Bhutto-Beschwerde abgewiesen

Der Oberste Gerichtshof in Islamabad hat am 23. November auch die zweite Klage der entlassenen Premierministerin Benazir Bhutto gegen ihre Absetzung abgewiesen. Die Petition war eine revidierte Fassung einer früheren Klage, die das Gericht bereits als "frivol und skandalös" abgelehnt hatte. Der Stein des Anstoßes: Bhutto hatte ihre Beschwerde mit scharfer Kritik an Präsident Farooq Leghari gewürzt, der für die Amtsenthebung verantwortlich zeichnete.

Bhutto-Mord: Ex-Geheimdienstchef verhaftet

Die Polizei hat am 17. November in Karachi den früheren Geheimdienstchef Masood Sharif und acht weitere Sicherheitsbeamte festgenommen. Die Festnahmen stehen nach offiziellen Angaben im Zusammenhang mit dem Mord an Murtaza Bhutto, dem jüngeren Bruder der gestürzten Premierministerin Benazir Bhutto, der am 20. September vor seiner Residenz von Polizisten erschossen worden war. Die Anwälte von Murtazas Witwe hatten Benazirs Ehemann Asif Ali Zardari beschuldigt, die Eliminierung seines Schwagers mitgeplant zu haben. Vorsorglich kündigte Benazir Bhutto in Reaktion auf die Nachricht von den Verhaftungen an, daß sie Untersuchungsergebnisse pakistanischer Behörden zu den Hintergründen des Todes ihres Bruders nicht anerkennen werde. Im Gegenzug forderte sie, daß eine noch von ihr selbst eingeleitete Untersuchung durch britische Experten zum Abschluß gebracht werde. Der Mord an ihrem Bruder sei Teil einer Verschwörung gewesen, um den Sturz ihrer Regierung vorzubereiten. In ihrer Klage vor dem Verfassungsgericht gegen ihre Amtsenthebung beschuldigte Benazir Bhutto Präsident Leghari, an dem angeblichen Mordkomplott beteiligt gewesen zu sein.

Schwere Schüler- und Studentenunruhen in der NWFP

Die von der Provinzregierung der 'North West Frontier Province' (NWFP) beschlossene Einführung von Schulgeld für weiterführende Schulen in Höhe von acht bzw. zehn Rupien im Monat sowie

zum Teil deutliche Erhöhungen der bereits existierenden Studiengebühren an Colleges und Universitäten um bis zu 500 Prozent, ist auf massiven Widerstand der betroffenen Schüler und Studenten gestoßen. In den ersten drei Oktoberwochen beteiligten sich rund 80.000 Jugendliche an mehr als 250 Demonstrationen, die vielerorts zu gewalttätigen Ausschreitungen eskalierten. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurde ein zwölfjähriger Junge getötet und Dutzende weitere Demonstranten zum Teil schwer verletzt. Gegen mindestens 35 Lehrer, die nach Ansicht der Behörden für die Straßenschlachten Mitverantwortung tragen, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Bombenanschlag auf Zug

Bei der Explosion einer in einem Passagierzug versteckten Bombe sind am 3. November fünf Menschen getötet und sechs weitere verletzt worden. Der Sprengsatz detonierte auf der Strecke von Lahore nach Rawalpindi. Die Regierung in Islamabad machte Indien für den Anschlag verantwortlich. Beobachter hielten es auch für möglich, daß das Attentat auf das Konto einer der diversen militant-islamistischen Terrorgruppen geht, die insbesondere im Punjab schon seit Monaten mit ähnlichen Aktionen Angst und Schrecken verbreiten.

Großbrand in Karachi

Bei einem Feuer in einem Slumgebiet der indischen Hafenmetropole Karachi sind am 27. November mehr als 250 Behausungen zerstört worden. Nach Agenturberichten wurden dabei mindestens 2.000 Menschen obdachlos. In der Vergangenheit gab es in den Slums von Karachi wiederholt Fälle von Brandstiftung. In Tatverdacht gerieten insbesondere die jeweiligen Grundeigentümer der betroffenen Slumviertel oder Bodenspekulanten, da die oft in bester Innenstadtlage wuchernden Elendsquartiere begehrtes Bauland blockieren.

Pakistanische Elite unterstützt Atomwaffenprogramm der Regierung

Eine Meinungsumfrage unter pakistanischen Meinungsbildnern und Entscheidungsträgern zeigt eine klare Zu-

stimmung zum Atomwaffenprogramm der Regierung. Sollte der indische Nachbar Pakistan angreifen, so votieren 98 Prozent für einen atomaren Gegenschlag, 77 Prozent befürworten ihn im Falle eines indischen Angriffs entlang der Waffenstillstandslinie in Kaschmir. Der Atomwaffeneinsatz wird jedoch nur gegenüber dem Erzfeind Indien befürwortet, ein "atomarer Beistand" für bedrohte islamische Verbündete wird hingegen ausgeschlossen.

Diese Einschätzungen sind dem Bericht "Pakistans Nuclear Choices" zu entnehmen, der die Umfrageergebnisse von mehr als 900 Interviews in acht pakistanischen Städten zusammenfaßt. Die Meinungsumfrage unter Militärs, ranghohen Beamten, Journalisten, Anwälten, Unternehmern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurde mit internationaler Unterstützung im Frühjahr 1996 durchgeführt. Drei Fünftel der Befragten (61 Prozent) unterstützen die Regierungsposition, die Atomwaffenoption weiterhin offen zu halten, rund ein Drittel spricht sich eindeutig für die Anschaffung von Atomwaffen aus und nur sechs Prozent lehnen dies ab. Sollte Indien einen weiteren Atomwaffentest durchführen oder sein Kurz- und Mittelstreckenraketenprogramm fortsetzen, so fordert die Mehrheit der Befragten die Weiterentwicklung eigener Atomwaffen. Alle Befürworter der pakistanischen Atomwaffenentwicklung begründen ihre Haltung ausdrücklich mit der "indischen Bedrohung".

Eine einseitige Ratifizierung des internationalen Atomwaffensperrvertrages findet nahezu keine Unterstützung in Pakistan. Verbindliche Vereinbarungen, die auch die Überprüfung und Abschaffung des indischen Atomwaffenprogramms zulassen, werden jedoch, neben einer politischen Lösung des Kaschmirkonflikts, mehrheitlich als wichtigste politische Forderungen erhoben. Auf der innenpolitischen Skala hat das Atomwaffenprogramm jedoch einen eher geringen Stellenwert. Hier werden die Kaschmirfrage (von 56 Prozent angegeben), die kommunalistischen, ethnisch und religiös begründeten Konflikte (54 Prozent), die Wirtschaftskrise und Armut (53 bzw. 48 Prozent) und die Präsenz der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan (43 Prozent) als wichtiger eingeschätzt.